Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 171. Montag, 25. Juli 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 24 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Parlamentsbeginn in Wien.

eu. Unter allgemeiner Spannung tritt heute der Nationalrat zusammen, um zu den traurigen Vorgängen, die sich in Wien abgespielt haben, Stellung zu nehmen. Leider muß man feststellen, daß die auffallend rasche Beruhigung der Gemüter, die den Straßenkämpfen gefolgt ist, schon wieder einer Atmosphäre gegenseitiger Gereiztheit Platz gemacht hat, die wenig Gewähr für einen ruhigen und würdigen Verlauf der parlamentarischen Arbeiten bieten kann.

Die Schuld daran trägt in erster Linie das plötzlich aufgetauchte Gerücht, die Polizeitruppen hätten gegen die Demonstranten Dum-Dum-Geschosse verwendet. Wie wir auf Grund sorgfältiger Erkundigungen mitteilen können, sind die Wunden bei vielen der Verletzten tatsächlich in einem Zustand, der kaum durch vorschriftsmäßige Patronen hervorgerufen sein kann. Von absolut unparteiischer Seite wird uns versichert, daß in den Krankenhäusern und Kliniken festgestellt worden ist, daß die Wunden ganz unverhältnismäßig große Ausschußöffnungen zeigen und daß Gewebe und Knochen derart zugerichtet worden sind, daß die Gerüchte, die von der Verwendung von Dum-Dum-Munition sprechen, wirklich nicht ganz aus der Luft gegriffen scheinen.

Es bedarf keines Wortes, daß diese Angelegenheit selbstverständlich auf das strengste untersucht werden muß. Mit keinem Wort wäre es zu entschuldigen, wenn gegen Demonstranten Munition verwendet worden wäre, deren Anwendung im Krieg völkerrechtlich verboten ist. Wie wir hören, werden sämtliche Parteien dafür eintreten, daß diese Angelegenheit in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß schleunigst und gründlichst geklärt wird. Man wird sich auch mit der Frage zu beschäftigen haben, ob die Polizei, wie wir hören, zum Teil Halbmantel-Geschosse verwendet hat.

Die einheitliche Stellungnahme aller Parteien zu dieser Frage, die ja einfach eine Selbstverständlichkeit ist, wird hoffentlich dazu beitragen, von vornherein eine gemeinsame Plattform für die weiteren Verhandlungen zu schaffen. Ganz leicht wird dies ohne Zweifel aber nicht sein, da vor allem bei den Bauernbündlern die Stimmung noch immer sehr erregt ist. Sie werden, unseren Informationen zufolge, eine gesetzliches Streikverbot, Wiedereinführung der Todesstrafe und Beseitigung der Geschworenengerichte fordern, also alles Anträge, die keine Aussicht auf Annahme haben. Mehr Beachtung dürfte ein Vorschlag der Großdeutschen finden, die ein Gesetz zum Schutz der Republik fordern.

In politischen Kreisen erwartet man, daß die österreichische Regierung aus den letzten Vorgängen die Konsequenzen ziehe und ihr Bundesheer gründlich reorganisieren werde. Es soll hier ganz dahingestellt bleiben, ob ein Teil der Truppen offen den Gehorsam verweigert hat, oder ob sie, wie von anderer Seite behauptet wird, nicht eingesetzt worden sind, um erst gar nicht die Probe auf ihre Zuverlässigkeit zu machen. Fest steht jedenfalls, daß es ein völlig unmöglicher Zustand ist, daß ein Teil der Wehrmacht — ganz gleich, in welcher Partei — organisiert ist. Man braucht sich ja nur einmal vorzustellen, was in Deutschland dabei herauskommen würde, wenn die Reichswehr zur Hälfte dem Reichsbanner und zur anderen Hälfte dem „Stahlhelm" angehören würde, um sich mit Leichtigkeit ausmalen zu können, welche Reibungen im österreichischen Bundesheer dadurch entstehen, daß die Truppen entweder im linksradikalen „Republikanischen Wehrverband" oder in dessen Gegenverein, dem christlich-sozialen „Wehrbund" zusammengeschlossen sind. Bisher hat der Bundeskanzler diese Zustände geduldet. Angesichts der letzten Ereignisse aber muß ihm klar werden, daß es oberstes Gesetz für jedes Staatswesen ist: Das Heer steht über den Parteien!

Die neue belgische Note.

)(Berlin. **Die belgische Regierung hat am Sonnabend dem Deutschen Gesandten in Brüssel, Herrn von Keller, das nachstehende Memorandum überreicht:**

In Beantwortung der Mitteilung der Belgischen Regierung vom 19. Juli 1927 hat die Reichsregierung in einem Memorandum vom 20. d. M. erklärt, daß sie **die Bemerkungen ihrer früheren Note über die Senatsrede des Herrn Wehrministers aufrechterhält.** Die Deutsche Regierung hat hinzugefügt, daß ein weiteres sachliches Eingehen auf die Frage sich für sie erübrige, da Graf de Broqueville seine Erklärungen durch keine konkreten Beweise gestützt habe. Die Regierung des Königs Albert beehrt sich, die Reichsregierung daran zu erinnern, daß Herr Broqueville von Anfang an die Gründe angegeben hat, die ihn daran hinderten, alle Nachrichtenquellen zu enthüllen. Darüber hinaus glaubt Herr de Broqueville, daß seine Erklärungen und Erläuterungen das deutsche Memorandum vom 18. Juli in entscheidender Weise widerlegen und geeignet sind, jede Zweideutigkeit auszuschließen. Indem sie das Vorstehende der Reichsregierung mitteilt, stellt die Belgische Regierung fest, daß die Antwort der Deutschen Regierung vom 20. Juli über denjenigen Teil des belgischen Memorandums vom 19. Juli gänzlich schweigt, indem die Regierung des Königs ihr Erstaunen darüber aussprach, daß Deutschland ihr Vorwürfe über ihre Haltung machte, während ganz kürzlich noch offizielle, einer weiten Oeffentlichkeit zugänglich gemachte Reichstagsdokumente gegen die Belgische Regierung und das belgische Volk schwere Anschuldigungen wiederholt haben, deren Unrichtigkeit seit langem nachgewiesen ist.

Hörsing tritt vom Oberpräsidenten-Posten zurück.

*** Magdeburg, 24. Juli. (Telunion.) Auf der Reichstagung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erklärte heute Oberpräsident Hörsing, daß er sich nach Rücksprache mit Ministerpräsident Braun und Innenminister Grzesinski entschlossen habe, von dem Posten des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen zurückzutreten, um sich in Zukunft allein den Angelegenheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold widmen zu können.**

Konferenz des Reichsbanners.

)(Magdeburg, 24. Juli. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hatte für heute vormittag eine Reichskonferenz nach Magdeburg einberufen, die von zahlreichen Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht war. Zweck der Konferenz war, zu den letzten Ereignissen in Wien, dem Aufruf des Bundesführers Hörsing und dem darauf erfolgten Schritt der Reichsregierung Stellung zu nehmen.

In der geschlossenen Beratung der Konferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gab der **Bundesvorsitzende Hörsing** Bericht über den **Stand der Bundesgeschäfte.** Er teilte u. a. mit, daß die **nächstjährige Verfassungsfeier** aus Anlaß des 80. Gedenktages der Frankfurter Nationalversammlung in **Frankfurt a. M.** stattfinden solle. Für die nächstjährige Bundesgeneralversammlung sei Hannover in Aussicht genommen. Zum 80. Geburtstage des Reichspräsidenten werde der Bundesvorstand dem Präsidenten Glückwunsch und Ehrung aussprechen, die dem auf Grund der republikanischen Verfassung rechtmäßigen Präsidenten zukomme. **Eine Beteiligung an von rechts geplanten Kundgebungen unter Schwarz-weiß-rot sei abzulehnen.**

*

Nach Erledigung der Geschäftsordnungsangelegenheiten nahm sofort der Vorsitzende des Reichsbanners

Oberpräsident Hörsing

das Wort zu einer längeren Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Die Beschlüsse der letzten Reichskonferenz, die im wesentlichen darauf hinausliefen, mit allen Kräften daran zu arbeiten, die Monarchisten und Kommunisten aus den Länderregierungen auszuscheiden und eine republikanische Zusammensetzung der Regierungen zu erzielen, hätten leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Auch im Reichsrat hätten die Republikaner die Mehrheit verloren. Republikanische Minderheitenregierungen seien von ungeheurem Wert für die Zusammensetzung der Reichsregierung. Seit der halbjährlichen Tätigkeit der jetzigen Reichsregierung sei dieser bisher ein inner- und außenpolitischer Erfolg versagt geblieben. Die Beamten, Arbeiter und Angestellten seien bitter enttäuscht worden. Die Sparer, Rentner, Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen fühlten sich zurückgesetzt. Auch die Bauernschaft sei der Ansicht, daß die deutsche Politik nur zugunsten des Großgrundbesitzes betrieben würde. Im Lager der Regierungsparteien gehe alles durcheinander. Die Deutsche Volkspartei werde von den Deutschnationalen förmlich an die Wand gedrückt. Zwischen der Tätigkeit der Regierungsparteien im Parlament und den Auslassungen ihrer Presse bestünden scharfe Gegensätze.

Die Gegner der Republik hätten sich drei Steckenpferde ausgesucht, auf denen sie herumreiten wollten: Das Reichsbanner, die preußische Staatsregierung und ihn, Hörsing.

Gegen das Reichsbanner und seine Führer würden seit einiger Zeit unglaubliche Verleumdungen ausgesprochen. Die Hetze gegen ihn habe eingesetzt, um ihn in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Reichsrates und als Oberpräsident mundtot zu machen. Er habe nie gegen die Reichsregierung als solche geschimpft, habe überhaupt auf niemand geschimpft, sondern habe nur eine sachliche Kritik an der Deutschnationalen Partei und ihrem Abgeordneten, dem jetzigen Reichsminister Dr. Hergt geübt. Dies habe er in der Meinung getan, daß die Auslassungen Hergts in Königsberg „Paßt uns gen Ostland reisen" dem Reichsminister Dr. Stresemann Unannehmlichkeiten bringen könnten. Er stehe auch heute noch hinter dieser seiner Kritik und nehme kein Wort davon zurück. Der Sturm, den diese Kritik im nationalen Lager entfesselt habe, habe nur den Zweck gehabt, die Reichsregierung gegen das Reichsbanner aufzuwiegeln.

Zu seinem Aufruf zu den Wiener Ereignissen und der Stellungnahme der Reichsregierung bemerkte Hörsing:

In Oesterreich gebe es leider nur eine Republikanische Partei und das sei die Sozialdemokratie und der aus dieser hervorgegangene republikanische Schutzbund. Die Christlichsoziale Partei habe monarchistische und faschistische Tendenz und sei ungefähr mit der Bayrischen Volkspartei zu vergleichen, nicht aber mit der Deutschen Zentrumspartei. Die österreichische Regierung habe sich bei den Wiener Ereignissen alles andere als geschickt gezeigt. Die österreichischen Republikaner hätten jedoch das Unheil abgewandt und damit, wenn nicht einen Weltkrieg, so doch mindestens einen furchtbaren Bürgerkrieg verhindert.

Hierfür habe er ihnen zu danken, was er auch in seinem Aufruf zum Ausdruck gebracht habe. Auch hiervon nehme er keine Silbe zurück und spreche den republikanischen Oesterreichern im Namen des Reichsbanners nochmals seinen herzlichsten Dank aus für ihre große Tat, die sie der Menschheit geleistet hätten. Aus seinem harmlosen Aufruf solle eine diplomatische Aktion gemacht werden. Die Seipelregierung werde von dem Schritt der Reichsregierung überrascht und entsetzt gewesen sein. Die wüste Schimpfkanonade der letzten Tage und die Hetze gegen ihn hätten ihm Veranlassung gegeben, sich folgende Fragen vorzulegen: Dürfe er zusehen, daß die Deutschnationalen, Völkischen und Volksparteiler weitere politische Verschleierungen betrieben dadurch, daß sie immer weiter auf ihm herumritten? Könne er als Vorsitzender des Bundes hierzu schweigen? Könne er sich als Reichsratsbevollmächtigter mundtot machen lassen oder als Oberpräsident? Solle er als Bundesvorsitzender zurücktreten? Dürfe er den Deutschnationalen den Vorwurf lassen, daß er die preußische Regierung gegen die Reichsregierung aufgehetzt habe? Dürfe er zusehen, wie durch die Hetze gegen ihn eine Reibung entstehe zwischen den republikanischen Länderregierungen und den republikanischen Parteien?

Alles dies müsse er verneinen.

Er verkenne nicht den politischen Wert seiner Stellung als Oberpräsident. Für die Stärkung der republikanischen Front sei jedoch ein geschlossenes disziplinarisches Reichsbanner und eine vom Vertrauen getragene Führung wertvoller und dafür dürfe kein Opfer groß genug sein. Er habe sich aus diesem Grunde entschlossen, auf seinen Oberpräsidentenposten zu verzichten.

Er habe nach Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten und dem preußischen Innenminister schriftlich gebeten, ihn von seinen Amtspflichten als Oberpräsident der Provinz Sachsen zu entbinden. Er wolle als politisch freier Mann an der Spitze des Bundes stehen; ohne Rücksicht auf ein Amt wolle er wie bisher handeln und arbeiten. Den Kampf gegen die Feinde der Republik habe er für die vornehmste Pflicht gehalten. Die überparteiliche Grundlage des Reichsbanners sei in keinem Falle verlassen worden. Das Reichsbanner werde dafür eintreten, daß die Feinde der heutigen Staatsform aus den Reichs- und Landesregierungen verschwänden und Republikaner an ihre Stelle träten. Es marschiere seinem klaren Ziele zu und werde bei der nächsten Wahl mit allen Kräften für den Sieg der Republik kämpfen. Für ein starkes Reichsbanner, für die Stärkung der republikanischen Partei und für eine freie sozialdemokratische Republik.

In der sich daran anschließenden Aussprache drückten die Delegierten Glaw, Hannover (Sozialdemokrat), Kaleske, Königsberg, (Zentrum) und Hermann, Breslau (Demokrat) ihr Bedauern darüber aus, daß Hörsing ein so mächtiges politisches Amt, wie das eines Oberpräsidenten, aufgeben wolle, um seine sich gesteckten Ziele weiter verfolgen zu können.

*

Die Frage um Hörsings Nachfolger.

* Berlin. (Telunion.) Wie die Montagspost berichtet, **wird als Nachfolger Hörsings auf den Magdeburger Oberpräsidentenposten der frühere preußische Innenminister Severing genannt.**

Berlin. (Funkspruch.) Wie uns soeben mitgeteilt wird, **kommt Minister a. D. Severing als Nachfolger Hörsings nicht in Frage.** Sobald das preußische Kabinett das Rücktrittsgesuch Hörsings angenommen hat, wird es sich mit dem Provinzialausschuß von Sachsen über die Neubesetzung des Postens des Oberpräsidenten ins Benehmen setzen.

*

Eine Entschließung der Reichsbannerkonferenz.

Magdeburg. (Funkspruch.) **Die Reichskonferenz des Reichsbanners nahm am Schluß der Verhandlungen folgende Entschließung einstimmig an:**

Die Reichskonferenz des Reichsbanners vom 24. und 25. Juli nahm mit Bedauern Kenntnis von dem freiwilligen Rücktritt des Kameraden Hörsing von seinem Amt als Oberpräsident der Provinz Sachsen. Einstimmig begrüßt die Konferenz dennoch diesen Schritt und dankt dem Bundesvorsitzenden für sein mannhaftes Auftreten, der unbekümmert um sein Amt und die infamen Angriffe der politischen Gegner aller Richtungen die Lebensnotwendigkeiten der Republik allem anderen voranstellte. Mit diesem Schritt ist eine langvorbereitete Intrige zerschlagen worden. Die Hoffnung aller Reaktionären, den Bundesvorsitzenden mundtot zu machen, ist dahin; der Bundesvorsitzende und das Reichsbanner in seiner Gesamtheit sind nun in ihrem Handeln freier geworden. Der Kampf des Reichsbanners gegen Monarchisten und Kommunisten wird unter Hörsings Führung deshalb noch kraftvoller und planmäßiger als bisher fortgeführt werden. Dazu ruft die Reichskonferenz erneut alle republikanischen Staatsbürger in Stadt und Land und die republikanischen Parteien und Organisationen auf.

Kardorff redet zur Verfassungsfeier?

vdz. Berlin. Der der Deutschen Volkspartei angehörende Abgeordnete Frhr. v. Kardorff ist, wie verlautet, aufgefordert worden, bei der Verfassungsfeier der Reichsregierung am 11. August im Reichstage die Festrede zu halten. Eine Entscheidung ist jedoch, wie wir hören, noch nicht endgültig gefallen.